



Niederschrift

Finanzausschuss

20. Wahlperiode – 133. Sitzung

am Donnerstag, dem 4. Juni 2026, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Christian Dirschauer (SSW), Vorsitzender

Michel Deckmann (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Patrick Pender (CDU), in Vertretung von Ole-Christopher Plambeck

Rasmus Vöge (CDU)

Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Christopher Vogt (FDP), in Vertretung von Annabell Krämer

Fehlende Abgeordnete

Sönke Siebke (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Infrastrukturentwicklungsvertrag mit der Angelner Eisenbahn Gesellschaft UG.....	4
Vorlage des Wirtschaftsministeriums Umdruck 20/6511	
2. Anhörung	
 Die Einkommensteuer moderner und familienfreundlicher gestalten: Einfüh- rung eines gerechten Familiensplittings.....	5
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 20/4102	
3. Information/Kenntnisnahme.....	11
Umdrucke 20/6492 , 20/6493 – Nachtragshaushalt	
4. Verschiedenes.....	12

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

**1. Infrastrukturentwicklungsvertrag mit der Angelner Eisenbahn
Gesellschaft UG**

Vorlage des Wirtschaftsministeriums
Umdruck [20/6511](#)

Einstimmig erteilt der Ausschuss die erbetene Zustimmung.

2. Anhörung

Die Einkommensteuer moderner und familienfreundlicher gestalten:

Einführung eines gerechten Familiensplittings

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache [20/4102](#)

überwiesen am 26. Februar 2026 an den **Finanzausschuss** und den Sozialausschuss)

hierzu: Umdrucke [20/6321](#) (neu), [20/6382](#), [20/6421](#), [20/6422](#),
[20/6425](#), [20/6426](#), [20/6427](#), [20/6429](#), [20/6430](#),
[20/6431](#), [20/6432](#), [20/6435](#), [20/6436](#), [20/6437](#),
[20/6438](#), [20/6439](#), [20/6444](#), [20/6446](#), [20/6529](#)

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Dr. h. c. Nicola Fuchs-Schündeln, Professorin und Präsidentin des WZB

Umdrucke [20/6425](#) und [20/6623](#)

Frau Dr. Fuchs-Schündeln trägt ihre Stellungnahme, Umdruck [20/6425](#), vor (per Video). In einem vorgestern veröffentlichten Brief an die Bundesregierung schlage man den Übergang vom Ehegattensplitting zum Realsplitting vor (Umdruck [20/6623](#)). Von diesem Reformvorschlag könnten Familien mit Kindern sowie kleinere und mittlere Einkommen profitieren. Zusätzliche Steuereinnahmen sollten dem Kindergeld beziehungsweise Kinderfreibetrag zugutekommen.

Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)

Dr. Jens Boysen-Hogrefe, Professor und stellvertretender Leiter der Forschungsgruppe Konjunktur und Wachstum

Umdruck [20/6429](#)

Herr Dr. Boysen-Hogrefe unterstützt den Vorschlag des WZB und trägt seine Stellungnahme, Umdruck [20/6429](#), vor.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

Dr. Martin Beznoska

Umdrucke [20/6438](#) und [20/6650](#)

Herr Dr. Beznoska stellt anhand einer Präsentation die Reformoptionen der Familienbesteuerung vor, Umdruck [20/6650](#) (per Video). Die Einführung eines Realsplittings führe zu Mehrbelastungen von Familien und verbessere Arbeitsanreize kaum; von der Einführung eines Familientarifsplittings oder eines Kombimodells profitierten Steuerzahlende mit Kindern.

Bertelsmann Stiftung

Michaela Hermann

Umdruck [20/6436](#)

Frau Hermann stellt die Stellungnahme, Umdruck [20/6436](#), vor (per Video). Auch sie spricht sich für eine Weiterentwicklung in Richtung eines Realsplittings aus, eine ehebezogene Entlastung einerseits und eine kindbezogene Förderung andererseits.

Abgeordnete Raudies favorisiert den von Frau Dr. Fuchs-Schündeln vorgetragenen Reformvorschlag für das Ehegattensplitting (Umdruck [20/6623](#)).

Abgeordneter Deckmann betont die Bedeutung der Ehe als Verantwortungsgemeinschaft für die Gesellschaft und lehnt steuerliche Mehrbelastungen für Familien ab.

Herr Dr. Beznoska äußert, man könne mit der Einführung eines Realsplittings leben, allerdings erziele es keine großen Arbeitsplatzeffekte und führe zu Mehrbelastungen, die kompensiert werden müssten. Daher werbe er für die Kombination aus Realsplitting und Familientarifsplitting.

Herr Dr. Boysen-Hogrefe weist darauf hin, dass die steuerlichen Vorteile von Splittingmodellen und Kinderfreibetrag für die unteren Einkommen marginal seien. Auch die Arbeitsanreize würden für die unteren und mittleren Einkommen durch einen Übergang vom Ehegattensplitting zum Realsplitting kaum erhöht. Die Politik müsse entscheiden, welche Bereiche sie durch eine Reform stärken wolle (Arbeitsanreize, Kinder, Familie, Ehe).

IHK Schleswig-Holstein

Dr. Axel Job

Umdruck [20/6426](#)

Herr Dr. Job trägt die Stellungnahme der Industrie- und Handelskammern, Umdruck [20/6426](#), vor. Er spricht sich gegen Steuererhöhungen und Bürokratieaufbau aus.

DGB Nord

Raoul Didier

Umdruck [20/6430](#)

Herr Didier trägt die Stellungnahme, Umdruck [20/6430](#), vor (per Video). Er wirbt für eine Zusammenlegung der Steuerklassen III und V, von der insbesondere Frauen profitierten. Bei der Abschaffung des Ehegattensplitting müsse die Entlastung von unteren und mittleren Einkommen mitverfolgt werden. Der Kinderfreibetrag sollte abgeschafft und das Kindergeld auf 290 Euro erhöht werden.

Bund der Steuerzahler

Rainer Kersten, Geschäftsführer

Umdruck [20/6382](#)

Herr Kersten trägt die Stellungnahme, Umdruck [20/6382](#), vor. Das Steuerrecht sei nicht dafür da, gesellschaftliche Entwicklungen zu beeinflussen, sondern solle eine gleichmäßige Besteuerung nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip sicherstellen.

Steuerberaterkammer Schleswig-Holstein e.V.

Steuerberaterverband Schleswig-Holstein

Ane Govers

Umdruck [20/6432](#)

Herr Govers trägt die Stellungnahme, Umdruck [20/6432](#), vor. Er macht darauf aufmerksam, dass einkommensstärkere Familien Einkünfte oftmals auf Kinder übertragen (zum Beispiel Schenkung, Gründung von Familiengesellschaften).

Netzwerk Steuergerechtigkeit

Dr. Franziska Vollmer

Umdruck [20/6435](#)

Frau Dr. Vollmer trägt die Stellungnahme, Umdruck [20/6435](#), vor (per Video).

Landesarbeitsgemeinschaft der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten in Schleswig-Holstein

Claudia Eckhardt-Löffler,
Sprecherin der LAG und Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Kaltenkirchen
Wiebke Tischler
Sprecherin der LAG und Gleichstellungsbeauftragte des Amts Kellinghusen
Umdruck [20/6444](#)

Frau Eckhardt-Löffler trägt die Stellungnahme, Umdruck [20/6444](#), vor. Auch sie fordert die Abschaffung des Ehegattensplittings.

Abgeordnete Raudies legt Wert darauf, das Steuerrecht so auszugestalten, dass sich Menschen frei entscheiden könnten (zum Beispiel für Arbeit oder Kinder).

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet Herr Kersten, wenn man eine Individualbesteuerung einführe, schaffe man mehr „Steuergestaltungsmöglichkeiten“ und überlasse es den Ehepartnern, zum Beispiel Vereinsbeiträge der Kinder in die Steuererklärung des Mannes oder der Frau einzutragen. Bei einer Abschaffung des Ehegattensplittings müssten Selbstständige mithelfende Familienangehörige, die in keinem Beschäftigungsverhältnis stünden, möglicherweise anstellen. Er appelliert an die Politik, bei Änderungen des Steuerrechts das Sozialversicherungsrecht immer mitzudenken, das Erwerbsentscheidungen wesentlich beeinflusse (zum Beispiel Jobben von Studierenden).

Herr Dr. Job bezweifelt, dass das Steuerrecht das richtige Mittel sei, um Erwerbsanreize zu setzen. Zielführender seien andere Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft. Er legt Wert darauf, dass eine Reform nicht zu Mehrbelastungen führe, einfach zu administrieren sei und positive Beschäftigungseffekte auslöse. Eine reine Umverteilung bedeute für einige eine Steuererhöhung.

Abgeordnete Raudies bekräftigt die Position der SPD, dass starke Schultern mehr leisten könnten und sollten als schwache Schultern. – Abgeordneter Deckmann erwidert, dass das Steuersystem bereits so ausgestaltet sei, dass starke Schultern mehr trügen.

Abgeordneter Brandt macht darauf aufmerksam, dass die Anstellung von mithelfenden Familienangehörigen für die Betroffenen vorteilhaft sein könne, und stellt eine Reihe von Nachfragen an die Anzuhörenden.

Herr Didier wirbt noch einmal dafür, den Kinderfreibetrag abzuschaffen und das Kindergeld von 259 auf 290 Euro zu erhöhen. Der DGB wolle den Spitzensteuersatz keineswegs bei der Mitte der Gesellschaft ansetzen, sondern tatsächlich bei den oberen Einkommen.

Landes-Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände

Ivy Wollandt (DER PARITÄTISCHE)

Umdruck [20/6421](#)

Frau Wollandt trägt die Stellungnahme, Umdruck [20/6421](#), vor. Sie setzt für ein gerechtes Steuersystem ein, das nicht auf tradierten Rollenvorstellungen fuße, keine falschen Anreize setze und strukturelle Nachteile ausgleiche.

Sozialverband VdK Nord e.V.

Franziska Brzezicha, sozialpolitische Referentin

Umdruck [20/6427](#)

Frau Brzezicha trägt die Stellungnahme, Umdruck [20/6427](#), vor. Die steuerliche Förderung sollte sich stärker an Kindern, an tatsächlicher Unterhaltsverantwortung und sozialer Gerechtigkeit orientieren als am formalen Status der Ehe.

LandesFrauenRat Schleswig-Holstein

Petra Heide

Umdruck [20/6439](#)

Frau Heide trägt die Stellungnahme, Umdruck [20/6439](#), vor (per Video). Familie sei dort, wo Kinder lebten.

Zukunftsforum Familie e.V.

Nikola Schopp
Umdruck [20/6437](#)

Frau Schopp trägt die Stellungnahme, Umdruck [20/6437](#), vor. Eine Reform der Familienbesteuerung müsse Kinder und Geschlechtergerechtigkeit fördern und dürfe nicht die Umverteilung von Jung zu Alt, von Arm zu Reich fortsetzen.

Landesverband alleinerziehender Mütter und Väter

Maike Martensen, Vorstandsvorsitzende
Adrienne Meisel
Umdruck [20/6446](#)

Frau Meisel trägt die Stellungnahme, Umdruck [20/6446](#), vor. Sie unterstützt die Intention des SPD-Antrags, Kinder unabhängig vom Familienstand zu fördern, und verweist auf das Konzept ihres Verbandes. Sodann schildert Frau Martensen die Lebensrealität von Alleinerziehenden. Sie wirbt für eine Individualbesteuerung, ein Splitting setze falsche Anreize.

Abgeordnete Raudies problematisiert den Vorschlag von Frau Wollandt, eine neue Landesleistung auf den Weg zu bringen, und setzt sich stattdessen für ein kostenloses Mittagessen in Kita und Schule sowie eine beitragsfreie Kita ein.

Frau Wollandt stellt klar, dass sie alle Verbesserungsvorschläge zugunsten von Kindern und Familien unterstütze.

3. Information/Kenntnisnahme

Umdrucke [20/6492](#), [20/6493](#) – Nachtragshaushalt

Der Ausschuss nimmt die Umdrucke zur Kenntnis.

4. Verschiedenes

Nächste Sitzungen:

8. bis 11. Juni 2026 (Informationsreise nach Brüssel)

2. Juli 2026

Nach der Ausschusssitzung verständigen sich die finanzpolitischen Sprecherinnen und Sprecher, sich in einer zusätzlichen **Finanzausschusssitzung** am Plenardonnerstag, **18. Juni 2026, 13:30 Uhr**, mit dem Beratungsverfahren zum Besoldungsgesetz, Drucksache [20/4501](#), zu befassen.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Dirschauer, schließt die Sitzung um 12:42 Uhr.

gez. Christian Dirschauer
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer